

**Tarodi-Kern, Ina - SMK**

**Von:** Zöllner, Heike - SMK  
**Gesendet:** Donnerstag, 3. März 2016 08:53  
**An:** Schwarz, Stefanie - SMK  
**Cc:** Tarodi-Kern, Ina - SMK  
**Betreff:** WG: Stellungnahme zum „Gesetz zur Weiterentwicklung des Schulwesens im Freistaat Sachsen“  
**Anlagen:** Stellungnahme\_Schulgesetz.pdf

- 8. MRZ. 2016

LN: 2524/2016 E  
Az: MB-6400.40/395/31

03. März 2016  
31 WUK

Sehr geehrte Frau Ministerin Kurth,

wir möchten Ihnen hiermit eine Stellungnahme unseres Vereins „Gemeinsam länger lernen in Sachsen e.V.“ zum „Gesetz zur Weiterentwicklung des Schulwesens im Freistaat Sachsen“ vom 12.01.2016 zukommen lassen. Sie finden das Schreiben im Anhang.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Thorausch

--  
Gemeinsam länger lernen in Sachsen e.V.  
Prießnitzstr. 18  
01099 Dresden

Email: [kontakt@gemeinsam-laenger-lernen-sn.de](mailto:kontakt@gemeinsam-laenger-lernen-sn.de)  
Internet [www.gemeinsam-laenger-lernen-sn.de](http://www.gemeinsam-laenger-lernen-sn.de)

Eintragung im Vereinsregister: Amtsgericht Dresden  
Registernummer: 6948

Steuernummer: 202/140/18773  
Finanzamt Dresden Nord

GLS Gemeinschaftsbank  
IBAN: DE78 4306 0967 1163 3532 00  
BIC: GENODEM1GLS

07.03/16

SMK									
Büro der Staatsministerin									
Stm	StB	Z	I	II	III	IV	P/Ö	MB	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
03. März 2016								Termin:	
Frau Ministerin bittet um									
<input type="checkbox"/> Kenntnisnahme/Verbleib					<input type="checkbox"/> vor/nach Abgang zur Kenntnis				
<input type="checkbox"/> Stellungnahme für Stm'in					<input type="checkbox"/> Unterrichtung über das Veranlasste				
<input type="checkbox"/> Antwortentwurf für Stm'in					<input type="checkbox"/> Rücksprache				
<input type="checkbox"/> Mehrfertigung an .....					<input type="checkbox"/> Terminvorbereitung				
<input checked="" type="checkbox"/> Erledigung in eigener Zuständigkeit					<input type="checkbox"/> Teilnahme				

31 20

813/16

WBR

413

07.03.

20 813  
1) Ø als Scan an Lit., H1, H2, Ut + Wick  
2) fr. Original

Gemeinsam länger lernen in Sachsen e.V.  
Prießnitzstraße 18  
01099 Dresden

E-Mail: kontakt@gemeinsam-laenger-lernen-sn.de  
Internet: www.gemeinsam-laenger-lernen-sn.de  
Ansprechpartner: Frank Thoraus (Vereinsvorstand)



Dresden, den 11. Februar 2016

## Sachsen braucht eine „Schule für Alle“

Stellungnahme zum „Gesetz zur Weiterentwicklung des Schulwesens im Freistaat Sachsen“ vom 12.01.2016

In einer Zeit, wo in vielen Bundesländern<sup>1</sup> bereits zahlreiche Schulen des längeren gemeinsamen Lernens entstanden sind und weitere entstehen, verzichtet der Entwurf des neuen Schulgesetzes für Sachsen im Teil 2, § 4 auf diese notwendige Weiterentwicklung der sächsischen Schulstruktur. Damit wird die Möglichkeit für eine zukunftsfähige und chancengleiche Ausbildung der heranwachsenden Generation vertan.

Auch Sachsen braucht dringend eine „Schule für Alle“, in der die Kinder und Jugendlichen gemeinsam länger lernen, möglichst von der Schulanfangsphase bis zum Schulabschluss (Jahrgangsstufen 1 bis 10/12), unabhängig von sozialer, kultureller und ethnischer Herkunft, von unterschiedlichen Fähigkeiten Behinderungen und besonderen Lernbedürfnissen. In einer solchen Schule wäre es möglich,

- auf die pädagogisch fragwürdigen Bildungsempfehlungen in der 4. Jahrgangsstufe und damit auf eine frühzeitige soziale Selektion zu verzichten,
- Klassenwiederholungen (Sitzenbleiben) durch individuelle Förderkonzepte zu vermeiden,
- die diskriminierende äußere abschlussbezogene Fachleistungsdifferenzierung in Hauptschul- und Realschulbildungsgang (§ 6) generell zu beseitigen,
- der Individualität und Heterogenität der Lernenden durch individualisierende und gemeinsame Lehr-Lern-Arrangements Rechnung zu tragen und jedes Kind individuell zu fördern,
- eine wirklich inklusive Schule, gemäß Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention zu gestalten,
- mehr Freiräume für anspruchsvolle pädagogische Schulprogramme und -profile zu erschließen
- vielfältigere Ganztagsangebote anzubieten
- auch kleinen einzügigen Schulen auf dem Lande eine dauerhafte Perspektive zu geben,
- weite Schulwege und lange Fahrzeiten zu vermeiden.

Mit einer solchen Schule können Bildungsbenachteiligungen verhindert, die Entwicklungsmöglichkeiten eines jeden Kindes optimal gefördert und somit die Bildungsressourcen unserer Gesellschaft besser genutzt werden.

<sup>1</sup> Berlin, Bremen, Hamburg, Saarland, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Thüringen